



Brief aus Straßburg

Dr. Renate Sommer
Europaabgeordnete für das Ruhrgebiet

Nr. 64 / Januar 2008

Liebe Leserin, lieber Leser,

kaum hat das neue Jahr begonnen, haben wir auch schon wieder zwei Sitzungswochen hinter uns! In dieser Januar-Straßburgwoche befassten wir uns u.a. mit dem Programm der neuen slowenischen Ratspräsidentschaft, mit der künftigen Politik für den Automobilsektor, mit Flughafentgelten, mit Verbraucherkrediten und mit der neuen EU-Kinderrechtsstrategie. Im Rahmen einer feierlichen Sitzung beehrte uns der Großmufti von Syrien, Sheikh Ahmad Bader Hassoun, mit seinem Besuch.

Neue Ratspräsidentschaft

Am 1. Januar 2008 übernahm mit Slowenien erstmals einer der 2004 beigetretenen neuen Mitgliedstaaten die EU-Ratspräsidentschaft. Der slowenische Premierminister Janez Janša stellte sein Programm für die kommenden sechs Monate vor. Zu den Prioritäten gehören die Klimaproblematik, die europäische Perspektive des westlichen Balkans, die Lisbon-Strategie der EU sowie der interkulturelle Dialog.

Der Großmufti von Syrien

Am 8. Januar 2008 wurde in Ljubljana das "Europäische Jahr des Interkulturellen Dialogs" eröffnet. Ziel ist es, den Dialog der Kulturen zu fördern und die Beziehungen zwischen Ländern und Regionen zu stärken. Im Laufe dieses Jahres wird das Europäische Parlament eine ganze Reihe bedeutender Persönlichkeiten einladen. Den Auftakt machte

Sheikh Ahmad Bader Hassoun. Er wurde 2005 in Syrien zum Großmufti und Vorsitzenden des höchsten Rates der Fatwa, also der höchsten Autorität für religiöses Recht gewählt. In seiner Rede sagte er, Gott habe den Menschen geschaffen, und jeden Mord an einem palästinensischen, einem israelischen, an jedem Kind auf dieser Erde verurteile er zutiefst. "Ich glaube nicht an den heiligen Krieg. Friede ist das einzige, was heilig ist", sagte Hassoun. Diejenigen, die Terror ausübten, würden weder das Christentum, noch den Islam oder das Judentum verstehen. "Niemand darf die Religion missbrauchen, um zu töten. Vielmehr muss jeder das Leben unterstützen." In seiner Heimat werde übrigens die Frau respektiert: "Die Frau wird vom Menschen und nicht von der Religion unterdrückt." Die Europäische Union sei das "Wunder des 20. Jahrhunderts", denn heute seien alle europäischen Völker in einem Parlament vereint.

"Automobilpolitik"

Das Europäische Parlament befasste sich mit den Empfehlungen der "hochrangigen Gruppe CARS 21": Im Rahmen dieser Arbeitsgemeinschaft hatten alle Interessengruppen des EU-Automobilsektors Empfehlungen für diejenigen Politikbereiche erarbeitet, die die Automobilindustrie betreffen.

Natürlich steuerte das Europäische Parlament auch eigene Ideen "für ein wettbewerbsfähiges Kfz-Regelungssystem für das 21. Jahrhundert" bei: Wir wollen Vereinfachungen, Bürokratieabbau und die Anwendung der

Grundsätze einer besseren Rechtsetzung. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass Pkw spätestens ab dem Jahr 2015 eine CO₂-Obergrenze von 125 g/km einhalten müssen. Entscheidend für die bundesdeutsche Automobilindustrie ist dabei unsere Forderung, dass die CO₂-Zielwerte nach dem Fahrzeuggewicht gestaffelt werden.

Flughafen-Entgelte

Jeder Flughafen verlangt von seinen Nutzern, also von den Fluggesellschaften, Nutzungsgebühren. Da ein Flughafen seine marktbeherrschende Stellung aber durchaus dazu missbrauchen kann, stark überhöhte Gebühren zu verlangen, verabschiedeten wir nun eine Richtlinie zu Flughafenentgelten. Diese Richtlinie legt eine Informationspflicht für Flughäfen sowie ein einheitliches und transparentes Verfahren zur Berechnung der Gebühren fest. Außerdem müssen die Flughäfen nun mit den Fluggesellschaften über die Höhe der Gebühren verhandeln. Die Richtlinie gilt für Flughäfen mit jährlich mehr als 5 Millionen Passagieren oder mit einem jährlichen Gesamtaufkommen von mehr als 15 % der Fluggastbewegungen des Mitgliedstaates.

Verbraucherkredite

Jedes Jahr nehmen die Unionsbürger/innen über insgesamt 800 Milliarden Euro Kredite auf. Allzu oft werden die Kreditnehmer dabei "über den Leisten gezogen". Eine neue EU-Richtlinie soll nun dafür sorgen, dass unlautere Praktiken im Kreditsektor keine Chance mehr haben. Außerdem sollen Verbraucher die Kredit-Bedingungen in verschiedenen Ländern einfacher vergleichen können und mehr Rechtssicherheit beim grenzüberschreitenden Vertragsabschluss haben. In den EU-Mitgliedstaaten sind die Zinssätze nämlich sehr unterschiedlich: Sie variieren zurzeit zwischen 6 % (Finnland) und über 12 % (Portugal). Nach der Richtlinie müssen Verbraucher vor dem Abschluss eines Kreditvertrages ausreichend informiert werden, um sich "in voller Sachkenntnis" entscheiden zu können. Hierfür wird es ein Formblatt "Euro-

päische Standardinformationen für Verbraucherkredite" geben, das EU-weit verwendet werden muss. Die Richtlinie, die bereits für Kredite ab 200,- Euro gilt, muss innerhalb von zwei Jahren in innerstaatliches Recht der Mitgliedstaaten umgesetzt werden; sie wird also ab dem Frühjahr 2010 anzuwenden sein.

Kinderrechte stärken!

In einer Stellungnahme zur neuen Initiative der Europäischen Kommission für eine EU-Kinderrechtsstrategie forderten wir zahlreiche Ergänzungen, wie z.B. den Kampf gegen Kinderhandel und Pädophilie im Internet. Wir plädierten außerdem für ein "Europäisches Frühwarnsystem für Kindesentführungen" sowie für eine "EU-weite Hotline für Hilfe suchende Kinder". Die Rechte des Kindes sollen in den (Reform-)Vertrag von Lissabon einbezogen werden, um so eine verbindliche Rechtsgrundlage zu schaffen. Erschütternd fand ich allerdings, dass eine Mehrheit des Plenums gegen ein Verbot "von Kopftuch und Hijab mindestens in der Grundschule, um das Recht, Kind sein zu dürfen, stärker festzuschreiben und spätere echte ... Wahlfreiheit zu gewährleisten", stimmte. Wer dies ablehnt, übt sich in falscher Toleranz, denn nicht einmal der Koran fordert die Verschleierung kleiner Mädchen. Ich halte das Kinderkopftuch für eine Form von Kindesmisshandlung, weil es die Mädchen ausgrenzt und benachteiligt!

Abschließend wünsche ich Ihnen noch ein gutes und glückliches Neues Jahr! Bis zum nächsten Straßburgbrief im Februar grüßt Sie herzlich

Ihre



Dr. Renate Sommer, MdEP

Büro Herne:

Tel. 02323/918511, Fax 02323/918512

Büro Brüssel:

Tel. 0032-228-47383, Fax: 0032-228-49383

E-Mail: rsommer@europarl.eu.int

www.renate-sommer.de